

Telefon: 0 233-40236
0 233-40070
Telefax: 0 233-40447

Sozialreferat

Amt für Wohnen und Migration
Abteilung Wohnungslosenhilfe
und Prävention
S-III-WP/S2

Zuschussförderung Personalkosten für Haus Horizont; Unterbringung und sozialpädagogische Betreuung für akut wohnungslose Frauen mit Kindern

Vertragsfortschreibung Haus für Mutter und Kind- Bleyerstraße

6. Stadtbezirk - Sendling

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16295

1 Anlage

Beschluss des Sozialausschusses vom 21.11.2019 (SB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zur beiliegenden Beschlussvorlage

Anlass	<ul style="list-style-type: none">• Zuschussförderung Personalkosten für Haus Horizont• Vertragsfortschreibung Haus für Mutter und Kind an der Bleyerstrasse
Inhalt	<ul style="list-style-type: none">• Zuschussförderung Personalkosten für Horizont e. V. ab 2020• Zuschussförderung Paritätische Mutter und Kind gGmbH
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	<ul style="list-style-type: none">• Zuschuss an Horizont e. V. ab 2020 für Personalkosten und die Einrichtungsführung von Haus Horizont: Die zusätzlichen Kosten dieser Maßnahme betragen 241.660 Euro ab dem Jahr 2020.• Zuschuss für den weiteren Betrieb des Hauses für Mutter und Kind an der Bleyerstraße ab dem Jahr 2020: Die zusätzlichen Kosten belaufen sich auf 194.446 Euro jährlich.

Entscheidungsvorschlag	<ul style="list-style-type: none">• Für Personalkosten und die Einrichtungsführung von Haus Horizont wird Horizont e. V. ein jährlicher Zuschuss gewährt.• Der Zuschuss für den weiteren Betrieb des Hauses für Mutter und Kind an der Bleyerstraße wird angepasst.
Gesucht werden kann im RIS auch unter:	<ul style="list-style-type: none">• Mutter-Kind-Einrichtung• wohnungslose Frauen mit Kindern
Ortsangabe	<ul style="list-style-type: none">• Haus Horizont• 6. Stadtbezirk Sendling• Haus für Mutter und Kind, Bleyerstraße 6, 81371 München

Telefon: 0 233-40236
0 233-40070
Telefax: 0 233-40447

Sozialreferat
Amt für Wohnen und Migration
Abteilung Wohnungslosenhilfe
und Prävention
S-III-WP/S2

**Zuschussförderung Personalkosten für Haus
Horizont; Unterbringung und sozialpädagogische
Betreuung für akut wohnungslose Frauen mit
Kindern**

**Vertragsfortschreibung Haus für Mutter und Kind-
Bleyerstraße**

6. Stadtbezirk - Sendling

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16295

Vorblatt zum
Beschluss des Sozialausschusses vom 21.11.2019 (SB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin	1
A) Zuschussförderung Personalkosten für Haus Horizont	3
1 Ausgangslage	3
2 Erläuterungen zur Betreuung und Einrichtungsführung	4
2.1 Betreuungsangebot	4
2.2 Einrichtungsführung	6
2.3 Kosten der Betreuung und der Einrichtungsführung	7
B) Vertragsfortschreibung Haus für Mutter und Kind - Bleyerstraße	9
1 Ausgangslage	9
2 Konzeption und Betreuung/Räumliche Gegebenheiten	10
2.1 Konzeption und Betreuung	10
2.2 Räumliche Gegebenheiten	11
3 Personalausstattung und Kosten	11
3.1 Personalausstattung	11
3.2 Kosten	13
3.2.1 Personalkosten	13
3.2.2 Sachkosten	14
3.2.3 Gesamtkosten ab 2020	14

	C) Darstellung der Kosten und der Finanzierung beider Projekte	16
1	Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit	16
2	Messung des nicht monetären Nutzens durch Kennzahlen bzw. Indikatoren	16
2.1	Haus Horizont	16
2.2	Haus für Mutter und Kind - Bleyerstraße	16
3	Finanzierung	17
3.1	Haus Horizont	17
3.2	Haus für Mutter und Kind – Bleyerstraße	17
II.	Antrag der Referentin	18
III.	Beschluss	19

Stellungnahme der Stadtkämmerei vom 19.09.2019

Anlage

Telefon: 0 233-40236
0 233-40070
Telefax: 0 233-40447

Sozialreferat

Amt für Wohnen und Migration
Abteilung Wohnungslosenhilfe
und Prävention
S-III-WP/S2

Zuschussförderung Personalkosten für Haus Horizont; Unterbringung und sozialpädagogische Betreuung für akut wohnungslose Frauen mit Kindern

Vertragsfortschreibung Haus für Mutter und Kind- Bleyerstraße

6. Stadtbezirk - Sendling

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16295

1 Anlage

Beschluss des Sozialausschusses vom 21.11.2019 (SB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Zusammenfassung

In der vorliegenden Beschlussvorlage wird dem Stadtrat die künftige bzw. weitere Finanzierung von zwei unterschiedlichen Einrichtungen für Mütter mit Kindern zur Entscheidung gebracht.

1. Haus Horizont

Der Verein Horizont e. V. betreibt seit 2004 den Beherbergungsbetrieb Haus Horizont und stellt hierbei 75 dringend benötigte Bettplätze für wohnungslose Frauen und ihre Kinder zur Verfügung. Die bestehende Belegungsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt München und Horizont e. V. läuft zum 31.12.2019 aus. Ab dem Jahr 2020 soll Horizont e. V. eine Bezuschussung der Personal und Sachkosten erhalten, um die Betreuung und die Einrichtungsführung des Hauses weiter sicherstellen zu können.

Die Zuschussführung orientiert sich an den Vorgaben für Flexi-Heime der Variante 1. Haus Horizont ist eine Einrichtung im Sofortunterbringungssystem der Landeshauptstadt München zur Erfüllung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage wird dem Stadtrat die zukünftige Zuschussfinanzierung ab dem Jahr 2020 von Horizont e. V. für die Betreuung und die Einrichtungsführung von Haus Horizont zur Entscheidung vorgelegt.

2. Haus für Mutter und Kind an der Bleyerstrasse

Das Haus für Mutter und Kind an der Bleyerstrasse wurde im Jahr 1963 in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Betrieb genommen, nachdem seine Gründung durch Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 27.06.1962 ermöglicht worden war. Es werden 40 Ein-Zimmer-Appartements für Frauen mit einem Kind bis zum Alter von zehn Jahren vorgehalten und 24 Zwei-Zimmer-Appartements für Frauen mit zwei Kindern. Es ist die einzige verbandliche Münchner Einrichtung, in der wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Mütter und Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf vorübergehend wohnen können, die zwar Hilfe und Unterstützung zur Bewältigung ihrer schwierigen Lebenssituation benötigen, jedoch nicht einen so hohen Bedarf an Betreuung haben, wie sie in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit erheblich höherem Kostenaufwand geleistet wird. Der Aufenthalt in der Übergangseinrichtung ist auf ein Jahr ausgelegt und kann im Bedarfsfall verlängert werden.

Die Finanzierung der Einrichtung erfolgt auf Basis eines unbefristeten Zuschussvertrags zwischen der Landeshauptstadt München und der Paritätischen Mutter und Kind gGmbH. Die für den Betrieb der Einrichtung notwendigen Finanzierungsmittel werden im dreijährigen Turnus angepasst.

Mit dieser Beschlussvorlage wird dem Stadtrat die weitere Zuschussfinanzierung des Hauses für Mutter und Kind an der Bleyerstraße ab dem Jahr 2020 zur Entscheidung vorgelegt.

A) Zuschussförderung Personalkosten für Haus Horizont

1 Ausgangslage

Die Wohnungslosigkeit steigt in München in den letzten Jahren stark an und wird voraussichtlich auch in den kommenden Jahren aufgrund des Zuzugs und der schwierigen Situation auf dem Münchner Wohnungsmarkt weiter ansteigen. Derzeit sind 8.777 Personen (Stand Juni 2019) akut wohnungslos. Davon sind 5.502 Personen im Sofortunterbringungssystem der Landeshauptstadt München und den Einrichtungen der freien Träger untergebracht. Von diesen Personen sind ca. 1.718 minderjährige Kinder.

Der Verein Horizont e. V. ist eine gemeinnützige Initiative für wohnungslose Mütter mit ihren Kindern. Der Träger betreibt seit 2004 den Beherbergungsbetrieb Haus Horizont. Im Rahmen der am 27.04.2004 geschlossenen Belegungsvereinbarung wurde der Landeshauptstadt München das ausschließliche Belegungsrecht im Haus Horizont für 75 Bettplätze zur Verfügung gestellt. Für die sozialpädagogische Betreuung wurde dem Träger bislang kein Zuschuss der Landeshauptstadt München ausgereicht. Der Beherbergungsbetrieb dient der vorübergehenden Unterbringung akut wohnungsloser Mütter mit Kindern. Ziel der sozialpädagogischen Betreuung im Haus Horizont sind die Entwicklung neuer Lebens- und Wohnperspektiven und die Stabilisierung der Lebensverhältnisse.

Die bestehende Belegungsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt München und Horizont e. V. endet zum 31.12.2019. Horizont e. V. beantragte im Jahr 2018, nach Vertragsablauf der Belegungsvereinbarung eine Bezuschussung der Personal- und Sachkosten ab dem Jahr 2020, um den Fortbetrieb der Einrichtung und die Bereitstellung der Bettplätze zu sichern. Die Zuschussführung orientiert sich an den Vorgaben für Flexi-Heime der Variante 1. Die Variante 1 dient der zeitlich befristeten Unterbringung akut wohnungsloser Haushalte in abgeschlossenen, möblierten Appartements zur Abklärung ihrer Wohnperspektive und sicherheitsrechtlicher Unterbringung. Bei diesem Personenkreis besteht noch intensiver Beratungs- und Betreuungsbedarf aufgrund multipler Problemlagen, u. a. in den Bereichen Wohnen, Hauswirtschaftsführung und Integration. Der Betreuungsschlüssel liegt daher bei 1 : 30 Haushalten. Die Zuweisung der Bewohnerinnen und Bewohner erfolgt über den Fachbereich Wohnen und Unterbringung des Amtes für Wohnen und Migration.

Die Landeshauptstadt München ist für die Unterbringung von wohnungslosen Menschen im Rahmen des Landesstraß- und Verordnungsgesetz (LStVG) zuständig. Der Schwerpunkt liegt hier in der kurzfristigen Unterbringung wohnungsloser Menschen. Die Landeshauptstadt München finanziert als freiwillige Leistung Betreuungs- und Beratungsleistungen in den Notunterkünften, Beherbergungsbetrieben und Flexi-Heimen.

Die Einrichtung deckt einen großen Teil des Bedarfes an Wohnraum für Mütter und ihre Kinder im städtischen Sofortunterbringungssystem und macht die Notwendigkeit des Fortbestehens von Haus Horizont unabweisbar.

Aufgrund der nachhaltigen Planung der Wohnungslosenhilfe zur Versorgung der Zielgruppe und der zu erwartenden demographischen Entwicklung sind die Aufgaben dauerhaft wahrzunehmen. Die entsprechenden Finanzmittel werden somit zum 01.01.2020 dauerhaft angemeldet.

2 Erläuterungen zur Betreuung und Einrichtungsführung

2.1 Betreuungsangebot

Die Landeshauptstadt München gewährt nach Maßgabe der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen und vor dem gesetzlichen Hintergrund der §§ 5, 11, 75 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), §§ 3 - 5, 74 - 78 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII), § 97 Sozialgesetzbuch X (SGB X) sowie Art. 57 Gemeindeordnung (GO)

Zuwendungen zur Förderung von Aufgaben, Einrichtung und Maßnahmen, die nach SGB förderfähig und/oder für die soziale Infrastruktur erforderlich sind.

Der Antrag des Vereins Horizont e. V. auf Zuschussförderung für Personalkosten für den Beherbergungsbetrieb Haus Horizont ist deshalb aus fachlicher Sicht zu befürworten.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Betreuung wohnungsloser Haushalte wurde für die Betreuung im Sofortunterbringungssystem ein Schlüssel von 1 VZÄ Sozialpädagogik : 30 Haushalten festgelegt. Für die Betreuung minderjähriger Kinder in der Sofortunterbringung gilt ein Schlüssel von 1 VZÄ Erziehungsdienst : 30 Kinder. Mit der Stadtkämmerei wurde per Vormerkung vom 11.10.2017 abgestimmt, dass die Kostenberechnung für die Betreuung in der Sofortunterbringung pauschal nach dem Schlüssel 1 : 30 Haushalte mit fix definierten Haushaltsgrößen erfolgt. Eine Bezuschussung von Haus Horizont kann daher nur gemäß dieses Schlüssels erfolgen. Zusätzlich eingesetztes Personal, welches bereits in der Einrichtung tätig ist, finanziert der Träger aus Eigenmitteln.

Die Einrichtung bietet 75 Bettplätze, der Schwerpunkt der Arbeit ist es, akut wohnungslosen Frauen mit ihren Kindern vorübergehend Unterbringung zu gewähren und auf diese Weise Obdachlosigkeit zu vermeiden. Die Unterbringung erfolgt in abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigener Sanitäreinrichtung und Küchenzeile nach Zuweisung durch die Bettenzentrale, der Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit (FAST) der Sozialbürgerhäuser bzw. durch die Bahn Hofsmmission.

Die Betreuung der wohnungslosen Haushalte findet in der Einrichtung Haus Horizont durch Sozialpädagoginnen vor Ort statt. Im Sinne eines Normalisierungskonzepts

sollen auf diese Weise Fähigkeiten und Verhaltensweisen gefördert oder entwickelt werden, die für die Vermittlung in eigenständige Wohnformen mit privatrechtlichem Mietvertrag unabdingbar sind (z. B. regelmäßige Mietzahlungen, Einhaltung der Hausordnung).

Durch die konsequente sozialpädagogische Unterstützung der Haushalte vor Ort soll eine zeitnahe Vermittlung in geeigneten, vorrangig dauerhaften und von den Haushalten akzeptierten Wohnraum sowie eine nachhaltige Unterstützung bei der Integration in die Stadtgesellschaft sichergestellt werden. Wenn möglich, soll in eine eigenständige Wohnform mit privatrechtlichem Mietvertrag vermittelt werden. Dies geschieht über einen ganzheitlichen Beratungsansatz, in dessen Rahmen die Wohnperspektive der Haushalte sowie deren Bedarf an Unterstützung bei der Integration geklärt werden. Weiterhin wird durch die sozialpädagogische Arbeit vor Ort in der Einrichtung die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen, den Bezirksausschüssen, der Nachbarschaft, mit Bildungs- und Kultureinrichtungen, potentiellen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Vermieterinnen und Vermietern im Sozialraum wesentlich verbessert. Das Fachpersonal des Trägers motiviert zu Mitarbeit, Eigeninitiative und aktiviert Selbsthilfepotentiale. Es unterstützt die Haushalte bei der Integration in die Stadtgesellschaft. Die hauptamtlichen Angebote werden durch ehrenamtliche ergänzt. Im Rahmen einer schriftlichen Hilfeplanung werden Unterstützungsbereiche benannt und mit den Haushalten regelmäßige Gespräche zur Zielkontrolle geführt. Für die in dauerhaftes Wohnen vermittelten Haushalte besteht ein verbindliches sechsmonatiges Nachsorgeangebot (Übergangsbegleitung). Die Intensität dieses Angebotes wird auf den individuellen Einzelfall abgestimmt.

Somit ergibt sich folgende Personalausstattung für die Betreuung (die Eingruppierung nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) gibt die Obergrenze an, bis zu der der ausgewählte Träger gemäß Besserstellungsverbot sein Personal vergüten kann):

	Anzahl Stellen
Sozialpädagogik in TVöD SuE S12	1,19 VZÄ
Leitung in TVöD SuE S17	0,37 VZÄ (inklusive 0,06 VZÄ Leitungsanteile für die Einrichtungsführung)
Erzieherische Fachkräfte in TVöD S8b	1,28 VZÄ
Teamassistenz in TVöD E6	0,28 VZÄ

Sachkosten wurden im Eckdatenbeschluss 2020 in Höhe von 45.000 € angesetzt. Da sich zu dieser Zeit die konkrete Zuschussplanung noch in Abstimmung mit dem Träger befand, wurde für diese Berechnung auf Erfahrungswerte der Zusammenarbeit mit der Stadtkämmerei zurückgegriffen. Der Träger weist im Zuschussantrag nun höhere Sachkosten auf, die vorher nicht genau beziffert werden konnten. Ein großer Teil der Kosten wird aus Spenden wieder refinanziert. Hinzu kommt, dass Horizont e. V. der Landeshauptstadt München die Räumlichkeiten für die Betreuungsräume zur Verfügung stellt. Um jedoch notwendige Instandhaltungen vornehmen zu können, werden kalkulatorische Kosten (Zinsaufwand, Abschreibungen) in Höhe von 5,51Euro/m² vom Träger im Zuschussantrag angesetzt.

2.2 Einrichtungsführung

Der Träger ist Eigentümer der Räumlichkeiten. Es wird auch im Bereich der Einrichtungsführung ein jährlicher kalkulatorischer Mietzins von 5,51 Euro/m² angesetzt. Dieser Mietzins wird vom Träger zweckgebunden für Rücklagen und Instandhaltungen verwendet.

Die Personalausstattung für die Einrichtungsführung im Bereich Hausmeisterei und Hausverwaltung entspricht dem für Flexi-Heime Variante 1 vorgesehenen Schlüssel. Dieser sieht je 0,5 VZÄ Hausmeisterei und Hausverwaltung bis 100 Bettplätze (BPL), 0,75 VZÄ bis 150 BPL und 1 VZÄ bis 250 BPL vor. Der Leitungsanteil für die Hausverwaltungsstelle ist bei den oben genannten Leitungsanteilen bereits mit 0,06 VZÄ berücksichtigt.

Grundsätzlich ist für Flexi-Heime der Variante 1 aktuell eine Pfortenbesetzung täglich von 8:00 bis 1:00 Uhr geplant sowie zusätzlich 1.000 Stunden flexibles Kontingent im Jahr. Dieses Stundenkontingent steht dem Träger flexibel zum Einsatz zur Verfügung, um auf besondere Situationen (z. B. Info-Veranstaltungen, Bewohnerinnen-/Bewohnerfeste, aktuelle Konflikte und Krisensituationen) reagieren oder eine ganztägige Besetzung an Sonn- und Feiertagen sicherstellen zu können.

Da Horizont e. V. das Haus Horizont seit 2004 erfolgreich betreibt und betreut und die Zielgruppe der Einrichtung ein besonderes Schutzbedürfnis aufweist, wurde die Pforte bereits seit einigen Jahren 24 Stunden täglich besetzt. Diese Besetzung ist in diesem besonderen Einzelfall fachlich begründet und wird auch ab dem Jahr 2020 unter der Zuschussförderung so fortgeführt.

Für die Einrichtungsführung ist somit folgende Personalausstattung vorgesehen:

	Anzahl Stellen
Hausverwaltung in TVöD E9	0,50 VZÄ
Hausmeister in TVöD E5	0,50 VZÄ
Pfortenbesetzung Montag – Sonntag 24 Stunden täglich	

2.3 Kosten der Betreuung und der Einrichtungsführung

Ausgehend von der genannten Personalausstattung ergeben sich folgende Gesamtkosten:

2020 ff.

(Alle Kosten sind auf volle Tausend Euro aufgerundet)

	Betreuung	Einrichtungsführung	gesamt
Personalkosten	188.000 €	330.000 €	518.000 €
Miete, Neben- und Energiekosten	33.000 €	157.000 €	190.000 €
Sachkosten	17.000 €	151.000 €	168.000 €
Kosten gesamt	238.000 €	638.000 €	876.000 €

Die Personalkosten orientieren sich an den realen Kosten des Trägers. Diese gehen aus den dem TVöD zugrundeliegenden Berechnungsgrundlagen hervor. Für die Ermittlung und Überprüfung der entsprechenden Kosten wurde im Rahmen der Einzelfallberechnung ein fachbereichsinternes Berechnungstool verwendet.

In den Sachkosten sind im Bereich Betreuung beispielsweise Maßnahmekosten für die Mütter mit ihren Kindern, Verwaltungskosten, zentrale Verwaltungskosten und allgemeiner Wirtschaftsbedarf enthalten. Unter die Sachkosten im Bereich Einrichtungsführung fallen Wartungskosten, Gebühren, Kosten für Gebäudereinigung sowie Kosten für Instandhaltung und Ersatzbeschaffungen. Die vom Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration zugewiesenen Personen haben für die Bettplätze ein Nutzungsentgelt zu entrichten. Hierfür schließt der Träger mit den Bewohnerinnen und Bewohnern Nutzungsverträge gem. § 549 Abs. 2 Ziffer 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

Die Kosten der Einrichtungsführung (ohne Betreuungsleistung) sind anteilig auf die Bettplatzentgelte umzulegen. Die Höhe des Bettplatzentgelts ist so zu kalkulieren, dass bei einer durchschnittlichen Belegung von 95 % (71 Bettplätze) eine volle Kostendeckung für den Bereich der Einrichtungsführung erreicht ist. Im vorliegenden Fall beträgt das anzusetzende Bettplatzentgelt für das Jahr 2020 750 Euro pro Person pro Monat.

Sollten sich im Bereich der Kosten der Einrichtungsführung weitere Kostensteigerungen ergeben (z. B. Strom- und/oder Heizkosten), so kann das Bettplatzentgelt in Abstimmung mit dem Sozialreferat angepasst werden.

Im Zuschussantrag des Trägers sind die kalkulierten Einnahmen aus den Bettplatzentgelten als Einnahmen anzugeben. Hierbei ist von einer durchschnittlichen Belegung von 95 % und einem Risikoabschlag von weiteren 10 % auszugehen (85 % bzw. 64 Bettplätze). Das Amt für Wohnen und Migration stellt über eine qualifizierte Bettplatzzuweisung sicher, dass eine möglichst hohe Auslastung erreicht wird und Risikoabschläge durch den Träger, die zu einer Zahlungsverpflichtung der Landeshauptstadt führen, nicht geltend gemacht werden können. Dies bedeutet auch, dass bei Bedarf qualifizierte Umverlegungen aus qualitativ schlechteren Unterbringungsformen in die durch freie Träger geführten Einrichtungen notwendig sind. Sollte es dennoch aus Gründen, die von der Landeshauptstadt München zu vertreten sind, zu einer durchschnittlichen Auslastung von unter 85 % kommen, so wird eine etwaig entstehende Unterfinanzierung durch Mittel aus dem Zuschussbudget ausgeglichen. Der Kalkulation liegt eine durchschnittliche Auslastung des Objekts in Höhe von 95 % zugrunde.

**Kosten/Erlöse des Trägers/Ergebnis in den Haushaltsjahren 2020 ff.
(Ergebnis gerundet)**

Kosten gesamt (inkl. Kosten der Betreuung)	876.000 €
Erlöse aus Nutzungsentgelten	- 576.000 €
Ergebnis	300.000 €
Kostendeckungsgrad (inkl. Kosten der Betreuung)	66 %

Die Erlöse des Trägers aus den Nutzungsentgelten, welche die im Zuschussantrag angesetzten Werte übersteigen, mindern entsprechend den Zuschuss, der an den Träger ausgereicht wird. Mit der laufenden Zuschusssumme stellt der Träger das gesamte notwendige Personal. Der Landeshauptstadt München entstehen hier somit keine Folgekosten.

Im Eckdatenbeschluss 2020 wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 241.660 Euro angemeldet. Die Differenz beruht darauf, dass zum Zeitpunkt der Anmeldung die Verhandlungen mit dem Träger noch nicht abgeschlossen waren. Die zusätzlich benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 58.340 Euro werden aus den eigenen Budgetmitteln finanziert.

B) Vertragsfortschreibung Haus für Mutter und Kind - Bleyerstraße

1 Ausgangslage

Das Haus für Mutter und Kind an der Bleyerstraße ist seit seiner Eröffnung im Jahr 1963 ein fester Bestandteil des Hilfenetzes für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen mit Kindern in München.

Die überwiegende Anzahl der Bewohnerinnen wird nach Durchlaufen eines Clearingprozesses aus Einrichtungen des akuten Unterbringungssystems in das Haus für Mutter und Kind vermittelt. Es ist die einzige Anschlusseinrichtung für wohnungslose Frauen mit Kindern in München, die zwar einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, der aber nicht so hoch ist, dass eine Vermittlung in eine deutlich personal- und kostenintensivere Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe notwendig wäre.

Die durchschnittliche Belegung des Hauses liegt bei 99 %. Die Einrichtung nimmt im Rahmen ihres Konzeptes selbst auf. Die Wartezeiten für die Aufnahme liegen aktuell bei sieben Monaten. Es wird eine Warteliste mit 70 – 90 Bewerberinnen geführt.

Dem Ausbau der Einrichtung um bis zu 60 Plätze auf dem Gelände der Einrichtung und der Bereitstellung finanzieller Mittel für den Betrieb der zusätzlichen Plätze wurde mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 26.07.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07276) zugestimmt.

Die Sicherstellung des weiteren Betriebes der Einrichtung durch die Anpassung der Zuschussmittel ist im Hinblick auf die hohe Zahl der im Sofortunterbringungssystem lebenden Frauen mit Kindern, die auf einen Platz im Haus für Mutter und Kind warten, zwingend notwendig.

2 Konzeption und Betreuung/Räumliche Gegebenheiten

2.1 Konzeption und Betreuung

Ursprüngliche Zielgruppe der Einrichtung waren ledige, berufstätige junge Mütter, die aufgrund der Tatsache, dass sie für ein nichteheliches Kind zu sorgen hatten, diskriminiert und aus der Gesellschaft ausgegrenzt wurden. Um es den Müttern zu ermöglichen, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen, ohne sich von ihren Kindern trennen zu müssen, waren dem Haus eine Kinderkrippe und ein Kindergarten angeschlossen, in denen die Kinder ganztägig betreut wurden.

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen in den 56 Jahren des Bestehens der Einrichtung, veränderte sich auch die Struktur im Haus für Mutter und Kind und es waren laufend Anpassungen des Konzepts auf veränderte Zielgruppen notwendig. Heute leben im Haus an der Bleyerstrasse überwiegend Frauen, die aus Trennungssituationen kommen und zu einem hohen Anteil von häuslicher Gewalt betroffen sind. Bedingt durch die unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten der Frauen und Kinder (92 % der Bewohnerinnen sind Migrantinnen aus 42 Nationen) ist die

Einrichtung multikulturell geprägt. Ein Teil der im Haus lebenden Kinder besucht Kinderkrippe und Kindergarten.

Kinder, die wegen Platzmangels oder aus anderen Gründen nicht aufgenommen werden können, werden von Erzieherinnen im Haus betreut.

Im Haus können 64 Mütter mit 88 Kindern aufgenommen werden, im Einzelfall auch schwangere Frauen im letzten Schwangerschaftsdrittel. Der Aufenthalt im Haus ist auf die Dauer eines Jahres ausgelegt und kann im Bedarfsfall verlängert werden. Die Beratung/Betreuung der Frauen und Kinder wird von Sozialpädagoginnen und Erzieherinnen geleistet.

Wichtigste Ziele der Betreuung sind

- die existenzielle Grundsicherung von Mutter und Kind,
- die Stärkung der Erziehungskompetenz der Mutter,
- die Entwicklung einer stabilen Mutter-Kind-Beziehung,
- die Unterstützung der Mütter bei ihrer schulischen Weiterentwicklung und ihren beruflichen Perspektiven und
- der Umzug in eine eigene Wohnung und die Integration in das neue Wohnumfeld.

Die Anzahl der Bewohnerinnen mit Multiproblemlagen ist hoch, damit einhergehend auch ihr Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Viele Frauen sprechen kaum oder sehr schlecht Deutsch, wodurch die Betreuungsarbeit für das Fachpersonal erschwert

wird. Das notwendige Hinzuziehen von Dolmetscherinnen macht die Beratungsarbeit sehr zeitintensiv. Häufig sind aufenthaltsrechtliche Belange zu klären und die Frauen zu Terminen zu begleiten. Eine zunehmende Tendenz wird bei Müttern mit bzw. an der Grenze zu psychischer Erkrankung ohne Krankheitseinsicht festgestellt. Aufgrund der fehlenden Einsicht in ihre Problemlage können sie nur sehr schwer in adäquate Einrichtungen vermittelt werden. Krisensituationen nehmen überproportional viel Zeit des sozialpädagogischen Fachpersonals in Anspruch.

Zum Aufgabenspektrum des Fachpersonals gehört auch die Überprüfung der Mietfähigkeit von Bewohnerinnen, die Erarbeitung von Wohnperspektiven sowie umfangreiche Hilfestellung bei der Antragstellung auf Leistungen im Rahmen des SGB II. Aufgrund der zunehmenden Armut der Familien und des Fehlens jeglicher Ressourcen besteht die verstärkte Notwendigkeit der Spendenakquise. Infolge der durchschnittlich bis zu zweimal jährlich erfolgenden Vergabe jedes Platzes sind eine Vielzahl von Vorstellungs- und Aufnahmegesprächen zu führen sowie Auszüge zu begleiten.

2.2 Räumliche Gegebenheiten

Das Gebäude, in dem die Einrichtung betrieben wird, wurde vom Träger der Einrichtung, der Paritätischen Mutter und Kind gGmbH, von der GWG angemietet. Die einzelnen Wohneinheiten der Bewohnerinnen werden mit Nutzungsvertrag an diese vermietet. Die Ein-Zimmer-Appartements weisen eine Fläche von 18 m² auf, die Zwei-Zimmer-Appartements von 36 m². Jedes Appartement ist mit einer eigenen, abgetrennten Kochnische ausgestattet, Sanitäranlagen befinden sich außerhalb der Appartements und werden gemeinschaftlich genutzt. Die Bewohnerinnen entrichten eine mtl. Miete an die gGmbH, die sich bisher auf 202 Euro für die kleineren und 359 Euro für die größeren Wohneinheiten beläuft. Die Miete wurde unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die Frauen während ihres Aufenthalts im Mutter-Kind-Haus qualifizieren und möglichst auch in Arbeit vermittelt werden sollen, auf diesen überschaubaren Betrag festgelegt, um einen entsprechenden Anreiz zu schaffen, von finanziellen Hilfen unabhängig zu werden. In Absprache mit dem Träger der Einrichtung werden die Mieten ab dem 01.01.2020 um 15 % auf mtl. 232 Euro bzw. 413 Euro angehoben. Die letzte Mieterhöhung war im Jahr 2005 vorgenommen worden.

3 Personalausstattung und Kosten

3.1 Personalausstattung

Die Einrichtung wird als gGmbH von einer Geschäftsführerin geleitet, die bisher neben ihren Geschäftsführungsaufgaben die Dienst- und Fachaufsicht über das komplette in der Einrichtung beschäftigte Personal ausübt (rund 40 Personen). Die Stellvertretung übernimmt eine Sozialpädagogin, die bislang für diese Aufgabe im

Umfang von zehn Stunden von ihrer sozialpädagogischen Tätigkeit freigestellt ist. Der Träger hat ab 2020 die Freistellung der Stellvertretung um weitere 9,5 Stunden beantragt und beabsichtigt, die Stelle um die Aufgaben einer Teamleitung für das sozialpädagogische und erzieherische Personal (5,77 VZÄ Sozialpädagogik und Erziehungsdienst, 1 Berufspraktikantin, 1 Praktikantin) auszuweiten. Demzufolge müsste der Stellenplan um sozialpädagogische Kapazitäten im Umfang von 9,5 Stunden ausgeweitet werden. Das Sozialreferat unterstützt das Vorhaben des Trägers, da eine zeitgemäße und effiziente Mitarbeiterführung diese Kapazitäten erfordert und bei Anbindung an die Geschäftsführung nicht in ausreichendem Umfang gewährleistet ist.

Das Haus für Mutter und Kind ist mit einer rund um die Uhr besetzten Pforte/Zentrale ausgestattet. Die Zeiten werden mit vier Mitarbeiterinnen und 14 fest angestellten geringfügig Beschäftigten abgedeckt. Eine langjährig an der Pforte beschäftigte Mitarbeiterin übernimmt bisher die Leitung und die komplette Organisation der Rund-um-die-Uhr-Dienste inklusive Personalbeschaffung, Urlaubsplanung, Regelung von Krankheitsvertretungen, Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen, Organisation und Durchführung von Teamsitzungen und sie führt Mitarbeiter- und Konfliktgespräche.

Nach Aussage des Trägers ist das im Hinblick auf den hohen Zeitaufwand schon seit langem nur durch zusätzliche Überstunden möglich, deren Einbringung erneute Personalengpässe zur Folge hat. Deshalb wird ab 2020 die Zuschaltung von personellen Kapazitäten an der Pforte im Umfang von 0,32 Stellen beantragt. Das Sozialreferat unterstützt den Antrag, da eine funktionierende 24-Stunden-Besetzung an dieser Stelle von enormer Bedeutung für den reibungslosen Ablauf in der Einrichtung und insbesondere für den Schutz der Bewohnerinnen und ihrer Kinder ist, und dieser mit der derzeitigen personellen Ausstattung nur unzureichend gewährleistet ist.

Neben dem sozialpädagogischen und erzieherischen Fachpersonal und dem rund um die Uhr besetzten Pfortendienst, umfasst der Stellenplan der Einrichtung auch Kapazitäten für Hauswirtschaft, Verwaltung, Hausmeister, Reinigungsdienst und Praktikanten.

Stellenplan:

Stellenanzahl	Funktion	Einwertung
1	Geschäftsführung/Hausleitung	AT (entspricht SuE 18)
0,5	Stellvertretung/Teamleitung	SuE 15
4,64	Sozialpädagogik	SuE 11b
1,13	Erziehungsdienst	SuE 8b
1	Hauswirtschaft	E 8
1	Verwaltung	E 8
0,32	Leitung Zentrale	E 8
4	Mitarbeiterin Zentrale	E 3
2,5	14 fest angestellte geringfügig Beschäftigte an der Zentrale	E 3
1	Hausmeister	E 6
2,3	Reinigungsdienst	E 1
1	Berufspraktikantin Hauswirtschaft	
1	Berufspraktikantin Erziehungsdienst	
1	Praktikantin Sozialpädagogik	

3.2 Kosten

3.2.1 Personalkosten

Die für den Betrieb der Einrichtung notwendigen Personalkosten lagen bisher deutlich unter den Werten des TvöD, da der Träger als gGmbH des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes an dessen Tarifwerk gebunden war, das eine wesentlich niedrigere Entlohnung vorsah. Da es den paritätischen Einrichtungen, in Konkurrenz zu anderen Trägern, zunehmend weniger gelang, Personal zu gewinnen und Stellen häufig nicht bzw. nicht zeitgerecht (nach)besetzt werden konnten, hat der Paritätische sein Tarifwerk im abgelaufenen Zuschusszeitraum überarbeitet und orientiert sich nun am TvöD.

Aus diesem Grund steigen die Personalkosten und damit verbunden der Zuschussbedarf ab dem Jahr 2020 überproportional an. Die Kostenansätze wurden im Einzelnen geprüft, mit dem Ergebnis, dass dem Besserstellungsverbot Rechnung getragen wird. Die Personalkosten liegen nach wie vor noch in den meisten Fällen unter den Obergrenzen des TvöD bzw. decken sich maximal mit Werten des TvöD.

3.2.2 Sachkosten

Der größte Teil der Sachkosten entfällt mit 495.122 Euro auf Miete und Mietnebenkosten und mit 138.462 Euro auf die zentralen Verwaltungskosten. Daneben sind Kostenansätze für Instandhaltung und Wartung des Gebäudes enthalten, für allgemeinen Wirtschaftsbedarf, Instandhaltung und Nachbeschaffung von Einrichtungsgegenständen, Verwaltungskosten und Maßnahmekosten.

3.2.3 Gesamtkosten ab 2020

Personalkosten	
Kosten Fachpersonal	1,170,913 €
Personalnebenkosten	12,500 €
Summe Personalkosten	1,183,413 €
Sachkosten	
Miete und Mietnebenkosten	495,122 €
Erhaltungsaufwand Gebäude und Wartung	44,150 €
Allgemeiner Wirtschaftsbedarf	38,500 €
Verwaltungskosten	22,570 €
Beschaffung/Instandhaltung	37,000 €
Maßnahmekosten	15,800 €
Sonstige Kosten	9,606 €
Summe Sachkosten	662,748 €
Zentrale Verwaltungskosten 7,5 %	138,462 €
Gesamtkosten	1,984,623 €

Einnahmen	
Einnahmen aus Nutzungsgebühren	-224,250 €
Personalkostenerstattung Hausmeister KITA	-9,240 €
Nebenkostenerstattung KITA	-4,620 €
Sonstige Erträge	-2,500 €
Ungedeckt = Zuschuss LHM	1,744,013 €

Die Personalkosten orientieren sich an den realen Kosten des Trägers. Diese gehen aus den dem TVöD zugrundeliegenden Berechnungsgrundlagen hervor. Für die Ermittlung und Überprüfung der entsprechenden Kosten wurde im Rahmen der Einzelfallberechnung ein fachbereichsinternes Berechnungstool verwendet. Die Maßnahme wird mit dem Bestandspersonal des freien Trägers weiter geführt.

Der bisherige Haushaltsansatz für den Zuschuss an die Paritätische Mutter und Kind gGmbH beläuft sich auf 1.549.567 Euro. Zusätzliche Mittel sind ab dem Jahr 2020 erforderlich in Höhe von 194.446 Euro.

Im Eckdatenbeschluss 2020 wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 212.326 Euro angemeldet. Die Differenz beruht darauf, dass zum Zeitpunkt der Anmeldung die Verhandlungen mit dem Träger noch nicht abgeschlossen waren.

C) Darstellung der Kosten und der Finanzierung beider Projekte

1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	436.106,-- ab 2020		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**			
Transferauszahlungen (Zeile 12)	436.106,-- ab 2020		
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)			
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente			

2 Messung des nicht monetären Nutzens durch Kennzahlen bzw. Indikatoren

2.1 Haus Horizont

Es ergibt sich folgender Nutzen, der nicht durch Kennzahlen bzw. Indikatoren beziffert werden kann: Die Landeshauptstadt München ist für die Unterbringung von wohnungslosen Menschen im Rahmen des LStVG zuständig. Sollte trotz Antrag des Trägers keine Bezuschussung erfolgen, entfallen 75 Bettplätze für Frauen mit Kindern. Eine adäquate Unterbringungsform stünde alternativ nicht zur Verfügung.

2.2 Haus für Mutter und Kind - Bleyerstraße

Es ergibt sich folgender Nutzen, der nicht durch Kennzahlen bzw. Indikatoren beziffert werden kann: Sollte die weitere Bezuschussung des Trägers durch die Landeshauptstadt München nicht erfolgen, müsste der Betrieb der Einrichtung eingestellt werden und es müssten 64 Mütter mit Kindern, die besonderen Betreuungsbedarf haben, anderweitig untergebracht werden. Eine adäquate Unterbringungsform stünde alternativ nicht zur Verfügung.

3 Finanzierung

3.1 Haus Horizont

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Sozialreferat im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2020 (siehe Nr. 38 der Liste der geplanten Beschlüsse des Sozialreferats). Die zusätzlich erforderlichen Mittel i. H. v. 58.340 Euro werden aus dem eigenen Budget finanziert. Diese stehen auf der Finanzposition 4707.700.0000.3, Innenauftrag 603900153 bereit.

3.2 Haus für Mutter und Kind – Bleyerstraße

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die beantragte Ausweitung unterschreitet die Festlegungen des Eckdatenbeschlusses für den Haushalt 2020, weil zum Zeitpunkt der Anmeldung die Verhandlungen mit dem Träger noch nicht abgeschlossen waren. Es werden statt der beantragten 212.326 Euro lediglich 194.446 Euro benötigt (siehe Nr. 37 der Liste der geplanten Beschlüsse des Sozialreferats).

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei abgestimmt (siehe Anlage).

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Offman, der Stadtkämmerei, der Gleichstellungsstelle für Frauen und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Den Zuschusserhöhungen für die Träger Horizont e. V und Paritätische Mutter- und Kind gGmbH wird zugestimmt.

2. Laufender Zuschuss für Haus Horizont

Das Sozialreferat wird beauftragt, die ab dem Jahr 2020 ff. dauerhaft erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel in Höhe von 241.660 € für den Zuschuss für die Betreuung und Einrichtungsführung von Haus Horizont (Haus für Mutter und Kind) im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 bei der Stadtkämmerei anzumelden. (Finanzposition 4707.700.0000.3 Innenauftrag 603900153 Sachkonto 682100).

Die zusätzlich benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 58.340 Euro werden aus den eigenen Budgetmitteln finanziert. Die Mittel stehen auf der Finanzposition 4707.700.0000.3, Innenauftrag 603900153, bereit.

3. Vertragsforschreibung Haus für Mutter und Kind, Bleyerstraße

Das Sozialreferat wird beauftragt, die ab dem Jahr 2020 ff. dauerhaft erforderlichen zusätzlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel in Höhe von 194.446 € für den Zuschuss für den Betrieb des Hauses für Mutter und Kind an der Bleyerstraße im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 bei der Stadtkämmerei anzumelden (Finanzposition 4707.700.0000.3 Innenauftrag 603900168 Sachkonto 682100).

4. Die notwendigen Ressourcenbedarfe für das Haushaltsjahr 2020 wurden bereits zum Eckdatenbeschluss 2020 angemeldet. Die endgültige Entscheidung erfolgt durch die Vollversammlung des Stadtrates im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 2020.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über D-II-V/SP

an das Direktorium – Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an die Stadtkämmerei, HA II/3

an die Stadtkämmerei, HA II/12

an das Revisionsamt

z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit**

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

An das Sozialreferat, S-GL-F (4 x)

z.K.

Am

I.A.